



AUSTRIA INSTITUT FÜR
EUROPA- UND SICHERHEITSPOLITIK

***HALBJAHRESREVIEW ÜBER DIE
KERNPROFILE DES AIES***

DEZEMBER 2015

Arnold Kammel/Velina Tchakarova/David Jaklin

Der vorliegende Bericht befasst sich mit den Kernforschungsschwerpunkten des AIES und deren Entwicklungen im zweiten Halbjahr 2015. Aufgrund der breiten Themenpalette werden nur die wesentlichsten Entwicklungen in den Bereichen Europäische Integration, GASP/GSVP, EU-Russland/Östliche Partnerschaft sowie EU-MENA-Raum skizziert und bewertet. Die genannten Bereiche sind gerade für Österreich auch aufgrund der Österreichischen Sicherheitsstrategie von besonderer Bedeutung, sieht Österreich doch seine Außen- und Sicherheitspolitik in entscheidendem Maß im Rahmen der europäischen Integration verwirklicht. Jegliche Entwicklungen im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses berühren daher auch Österreich und seine Interessen unmittelbar. Darüber hinaus liegt Österreich, wie auch die Sicherheitsstrategie ausführt, auch potentiellen Krisenregionen an den Rändern Europas geografisch näher als andere Mitgliedstaaten der EU und ist somit stärker mit Instabilitäten aus dem Umfeld der Union konfrontiert.

Der vorliegende Halbjahresbericht beschreibt daher die wesentlichen Entwicklungen in den Kernbereichen und schließt jeweils eine Bewertung dieser an.

I. Europäische Integration

Die Politik der europäischen Institutionen und der europäische Integrationsprozess waren im zweiten Halbjahr 2015 von zwei großen Themenblöcken geprägt, der seit April 2015 andauernden Migrations- und Flüchtlingsfrage sowie dem anstehenden britischen Referendum über die EU-Mitgliedschaft. Beim letzten EU-Gipfel vom 17./18. Dezember 2015 wurden daneben auch Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sowie weitere Schritte in der Umsetzung des 5-Präsidenten-Berichts zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Ergebnisse des UN-Klimagipfels von Paris analysiert und diskutiert.

a) Migration/Flüchtlingssituation

Die Staats- und Regierungschefs nahmen zum einen eine Bestandsaufnahme der Umsetzung vereinbarter Maßnahmen vor, zum anderen diskutierten sie die von der Kommission im Dezember 2015 vorgelegten Vorschläge zur Sicherung der Außengrenzen.

Die Flüchtlingskrise beschäftigte die EU insbesondere seit April 2015. In unterschiedlichen Formaten (La Valletta-Gipfel, EU-Türkei-Gipfel, Sondergipfel) wurde fast wöchentlich das Thema behandelt und weitreichende Beschlüsse gefasst. Trotz dieser politischen

Bemühungen, der Krise Herr zu werden, erfolgte im gleichen Zeitraum die Umsetzung jedoch nur mangelhaft, wie sich auch im Fortschrittsbericht der Kommission vom 15. Dezember deutlich zeigt. Daher war es kaum verwunderlich, dass auch der Europäische Rat die Ergebnisse als ungenügend bezeichnete und eine dringliche Implementierung u.a. folgender Vorhaben forderte:

1. Eine beschleunigte Einrichtung der bereits beschlossenen „Hotspots“ in Griechenland und Italien. Bisher sind nur zwei von elf geplanten Hotspots operationell. Insbesondere Griechenland hat hier noch Nachholbedarf. Zudem will man sich über einen Zeitrahmen für die Einrichtung weiterer Hotspots verständigen.
2. Verbesserung der personellen Ausstattung der Grenzschutzagentur Frontex und des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen.
3. Zudem wurden rasche Fortschritte bei der systematischen Identifizierung, Registrierung und Abnahme von Fingerabdrücken von Flüchtlingen, notfalls unter Zwang, beschlossen. Die Kommission hatte am 10. Dezember ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien, Griechenland und Kroatien eingeleitet, da die drei Länder ihrer Verpflichtung nur unzureichend nachgekommen waren. Italien hatte die notwendige Registrierung nur bei der Hälfte der angekommenen Flüchtlinge durchgeführt, Griechenland sogar nur bei einem Viertel.
4. Umsetzung der Beschlüsse zur Verteilung von Flüchtlingen aus Griechenland und Italien auf der einen sowie von Drittstaaten auf der anderen Seite. Insbesondere bei der im September 2015 beschlossenen Neuansiedlung von 160.000 Flüchtlingen ist der Umsetzungsstand mit nur 208 erfassten Personen deutlich ausbaufähig.
5. Intensivierung der Rückführungen abgelehnter Asylsuchender und eine stärkere Unterstützung besonders betroffener Mitgliedstaaten bei Rückführungsaktionen.
6. Rasche Umsetzung der mit Drittstaaten abgehaltenen Gipfelbeschlüsse (Konferenz der Westbalkanländer, EU-Afrika-Gipfel), nicht zuletzt auch des gemeinsamen Aktionsplans bei der Türkei.

Die ursprünglich geplante Einigung auf die Finanzierung der der Türkei zugesagten Hilfen in Höhe von drei Milliarden Euro gelang allerdings nicht, obgleich die Kommission ihren Anteil von ursprünglich 500 Millionen Euro auf eine Milliarde aufgestockt hatte.

Neben der Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen, wurde auch das von der Kommission am 15. Dezember vorgelegte Paket von Legislativvorschlägen eingehend behandelt:

1. Zentral ist der Verordnungsvorschlag zur Aufwertung von Frontex zu einem „Europäischen Grenz- und Küstenschutzsystem“ („European Border and Coast Guard“). Hauptaufgabe ist die Überprüfung der EU-Außengrenzen auf Schwachstellen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten mit einer deutlichen Ausweitung der Befugnisse von Frontex. So kann Frontex den Mitgliedstaaten verbindliche Maßnahmen zur Behebung von Schwachstellen innerhalb einer bestimmten Frist auferlegen und bei Bedarf auch entsprechende Unterstützungsteams entsenden. Kann ein Mitgliedstaat allerdings seinen Verpflichtungen nicht nachkommen und ist dadurch die Funktionsweise des gesamten Schengenraums bedroht, so hat die Behörde ein Interventionsrecht – auch gegen den Willen des betroffenen Landes. Eine solche Entscheidung kann allerdings nur unter Einbeziehung der anderen Mitgliedstaaten erfolgen. Weiters soll die Behörde auf eine schnelle, innerhalb von drei Tagen verfügbare Eingreiftruppe von 1500 Grenzschutzern zurückgreifen können. Die Mitgliedstaaten sollen dafür jährlich ca. 2-3% ihrer nationalen Grenzschutzkräfte zur Verfügung stellen. Zudem soll die aufgewertete Grenzschutzagentur ein eigenes Rückführungsbüro erhalten, um auch eigenständig Rückführungen durchführen zu können. Der Vorschlag sieht zudem eine Stelle vor, bei der Grundrechtsverletzungen im Rahmen der durchgeführten Missionen gemeldet werden können. Bis 2020 soll das Personal der neuen Agentur auf 1000 aufgestockt werden, das Budget parallel von heute 238 Millionen auf 322 Millionen.

Auch wenn die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten den Kommissionsvorschlag positiv bewertete, äußerten einige Mitgliedstaaten (insbesondere die südlichen Mitgliedstaaten, aber auch Ungarn) Bedenken hinsichtlich der Entsendung von Grenzstreitkräften ohne die vorherige Zustimmung eines Mitgliedstaats.

Ziel ist Annahme der Verordnung im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren noch während der niederländischen Ratspräsidentschaft, d.h am Ende des ersten Halbjahres 2016.

2. Gleichzeitig legte die Kommission einen weiteren Verordnungsvorschlag zur Änderung des Schengener Grenzkodex vor, der systematische Kontrollen aller Reisender, inklusive Schengenbürger, bei der Einreise in den Schengenraum, vorsieht.

3. Geplant ist ferner ein einheitliches EU-Reise-Dokument für illegale Drittstaatenangehörige, um die Rückführung illegaler Migranten zu erleichtern.

Am Rande des EU-Gipfels fand in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU ein separates Treffen von elf EU-Ländern mit dem türkischen Premier Ahmet Davutoglu über die Umsetzung des am 29. November verabschiedeten EU-Türkei-Aktionsplans sowie ein mögliches freiwilliges Umsiedlungsprogramm von in der Türkei international anerkannten

Flüchtlingen statt. Seit dem Abschluss des Übereinkommens mit der Türkei ist die Zahl der über die Türkei einreisenden Flüchtlinge leicht zurückgegangen. Die Regierungschefs forderten eine darüber hinaus gehende Reduzierung der Flüchtlingszahlen durch die Türkei, bevor überhaupt über mögliche Umsiedlungsprogramme diskutiert werden könnte. Noch ist unklar, wie viele Personen von einer solchen Umsiedlung überhaupt profitieren könnten. Vor dem nächsten Ratsgipfel im Februar soll erneut ein Treffen mit dem türkischen Premier erfolgen. Die Kommission wird im Frühjahr Vorschläge sowohl zur legalen Zuwanderung als auch zur Reform der Dublin-Regeln vorlegen. Bis dahin sollen aber, so betonten die Staats- und Regierungschefs, die bestehenden Dublin-Regeln implementiert werden.

Bewertung

Trotz aller Bemühungen, Erklärungen und beschlossenen Maßnahmen fällt die Bilanz ernüchternd aus. Gerade im (Europäischen) Rat manifestiert sich die Krise und es zeigt sich, dass zentrale Akteure unterschiedliche Positionen und Lösungsansätze einnehmen. Gleichwohl zeichnen sich langsame Fortschritte und ein verstärktes Verantwortungsbewusstsein der Mitgliedstaaten ab. Ein positiver Indikator ist das trotz anfänglicher Skepsis wachsende Interesse von Mitgliedstaaten am Vorschlag eines freiwilligen Umsiedlungsprogramms von Flüchtlingen aus der Türkei.

Interessant ist auch, dass zur Lösung der Flüchtlingsfrage mittlerweile souveränitätseinschränkende Maßnahmen von der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten bejaht werden. So wurde beschlossen, dass bei drohender Gefährdung des gesamten Schengenraums durch die Überforderung eines Mitgliedstaats ein Eingreifen einer Europäischen Grenz- oder Küstenwache – auch ohne Zustimmung des Mitgliedstaates – als letztes Mittel gerechtfertigt ist.

Unverändert ein Kernproblem bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ist die mangelhafte Umsetzung von beschlossenen Maßnahmen durch die einzelnen Mitgliedstaaten. Insbesondere Griechenland steht im Fokus der Kritik von Mitgliedstaaten wie von der Kommission.

Die Flüchtlingskrise macht insgesamt erneut deutlich, dass die europäische Integration nicht ausreichend vorangeschritten ist. Die Kompetenz liegt eben oftmals nicht bei der Union selbst, sondern in der Kontrolle der Mitgliedsstaaten. Vielen Regelungen können nur intergouvernemental im Rat getroffen werden. Und in diesem regieren nationale Prioritäten und Caveats. Daher ist es kaum verwunderlich, dass einige Mitgliedstaaten sich gegen die von

den am meisten betroffenen EU-Ländern eingeforderte Solidarität wehren. Deshalb bedarf es einer umfassenden Übertragung von Kompetenzen auf die europäische Ebene, um europäischen Herausforderungen mit europäischen Lösungen zu begegnen.

b) Britisches EU-Referendum

Seitens der EU wurde auch in der zweiten Jahreshälfte 2015 versucht, einen Kompromiss mit Großbritannien über den Weiterverbleib in der EU zu erzielen. Die eigens eingerichtete EU-Task Force unter Leitung des Briten Jonathan Faull erstellte eine umfangreiche Liste rechtlich möglicher politischer Zugeständnisse gegenüber Großbritannien. Neben diesen Fortschritten auf Beamtenebene blieben allerdings politische Durchbrüche bislang aus. Der Brief des britischen Premierministers David Cameron an Ratspräsident Donald Tusk im November 2015, in dem die britischen Kernforderungen dargelegt wurden, ließ aber an Klarheit zu wünschen übrig. Die britischen Forderungen lassen sich wie folgt umreißen:

(1) Eurozone: Es müsse sichergestellt werden, dass Vereinbarungen der Euro-Gruppe nicht die legitimen Interessen der Nichtmitglieder beeinträchtigen. Großbritannien fordert hier insbesondere ein Anhörungs- und Mitspracherecht.

(2) Wettbewerbsfähigkeit der EU: Die Europäische Union müsse wirtschaftliche Barrieren noch gezielter abbauen und den freien Verkehr von Kapital, Gütern und Dienstleistungen sicherstellen.

(3) Souveränität: Jegliche Weiterentwicklungen des Integrationsprozesses in Richtung einer „ever closer union“ werden von Großbritannien abgelehnt. Vielmehr sollten sich nationale Parlamente zusammenschließen und gemeinsam gegen Entscheidungen des Europäischen Parlaments vorgehen können. Eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips liegt im Zentrum der britischen Vorstellungen.

(4) Freizügigkeit: Großbritannien kann die finanziellen und gesellschaftlichen Auswirkungen durch die massive Migration aus anderen EU-Mitgliedstaaten nicht tragen. Daher sollen künftig die Rückkehr von kriminellen Ausländern verhindert, transnationale Kindergeldzahlungen aufgehoben sowie die Pflicht zum Nachweis einer mindestens 4jährigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung des ausländischen EU-Bürgers im Gastland als Voraussetzung für die Gewährung von Sozialleistungen eingeführt werden.

Seitens der EU wurde Enttäuschung zum Ausdruck gebracht, dass durch die im Brief stipulierten vagen Forderungen alleine kein Kompromiss erzielt werden könnte. EU-Ratspräsident Donald Tusk kommentierte in seiner Antwort an David Cameron, dass gerade

die vierte Forderung über die Freizügigkeit hoch problematisch wäre. Die Kritik an Cameron wurde aber nicht nur im restlichen Europa, sondern auch in Großbritannien selbst, wo man ihm die Missachtung seiner Wahlversprechen vorwarf, immer lauter.

So war es wenig verwunderlich, dass das britische Referendum eine zentrale Rolle beim Dezembergipfel einnahm. Während Premierminister Cameron sich ein starkes Signal für die restlichen Verhandlungen erhoffte, stellte insbesondere Deutschland klar, dass es für einen Verbleib Großbritanniens in der EU kämpfen würde, jedoch keine zentralen Kerninhalte der europäischen Integration infrage gestellt werden. Auch Ratspräsident Tusk betonte, dass einige Forderungen Großbritanniens nicht akzeptabel seien. Die Mitglieder der Visegrad-Gruppe (Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei) legten offen, dass sie keine Vereinbarungen unterstützen würden, die diskriminierend wirkten oder die Freizügigkeit einschränkten.

Die britische Frage war alleiniges Thema des abendlichen Dinners am 17. Dezember, das kurz vor Mitternacht endete. Die Sitzung wurde mit einer gut vierzigminütigen Rede Camerons über die wesentlichen britischen Forderungen eröffnet. Anschließend fand eine ausführliche aber recht allgemein gehaltene Diskussion der Staats- und Regierungschefs statt. Seitens der Staats- und Regierungschefs wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass Vertragsveränderungen wenn möglich vermieden werden sollten. In den Schlussfolgerungen wurde die Debatte als „substantiell und konstruktiv“ beschrieben und die Ratsmitglieder beschlossen, eng zusammenzuarbeiten, um bis zum Februargipfel beidseitig zufriedenstellende Lösungen zu finden.

Während sich Premierminister Cameron zufrieden mit den Besprechungen zeigte, betonte Kommissionspräsident Juncker die Schwierigkeit der Umsetzung der britischen Forderungen. Ratspräsident Tusk zeigt sich nach den Gesprächen am Abend des 17. Dezember positiv gestimmt. Es seien Fortschritte erzielt worden, dennoch gäbe es für die EU rote Linien, die bei den Verhandlungen nicht überschritten werden dürften.

Bewertung

Derzeit mehren sich die Zeichen, dass sich sowohl die Kommission als auch die Mitgliedstaaten für die sogenannten „dänische Lösung“ stark machen. Diese bezieht sich auf den Europäischen Rat 1992 in Edinburgh, bei dem ein Protokoll verabschiedet wurde, welches Dänemark ein spezielles „opt-out“ zusicherte. So wurde dem nördlichen Mitgliedstaat zugestanden, dass die Erfüllung der Kriterien nicht automatisch zum Beitritt zur

dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion führte. Es bleibt derzeit aber unklar, wie eine britische Variante dieser Lösung aussehen könnte.

Die derzeit am Tisch liegenden Forderungen im Bereich der Freizügigkeit werden Großbritannien in ihrer jetzigen Form jedenfalls nicht zugestanden werden können. Der vierjährige Ausschluss von Sozialleistungen für EU-Binnenmigranten verstößt eklatant gegen Europarecht (Diskriminierungsverbot aufgrund der Nationalität) und würde auch faktisch die Aufgabe des Integrationsprojekts durch die Aufgabe eines zentralen Grundsatzes europäischer Integration bedeuten und mit Sicherheit in Klagsform vor dem EuGH enden. Großbritannien strebt allerdings gerade nicht eine immer enger werdende Union, sondern einen losen Staatenverbund mit Kooperationsmöglichkeiten in Teilbereichen, wie beispielsweise Handel, an.

Ob sich der vorgeschlagene Zeitplan und damit einhergehend eine Einigung beim Februargipfel erzielen lässt, bleibt abzuwarten. Auf britischer Seite steht die Verkündung des Termins für das britische Referendum wohl unmittelbar bevor. Das britische Unterhaus konnte Mitte Dezember letzte strittige Punkte klären und wird das Wahlgesetz rasch verabschieden, womit ein Referendum für Juni oder September möglich wäre.

Derzeitiges Ziel Camerons scheint es zu sein, durch noch mehr Sonderregelungen für Großbritannien soll das Land in der Europäischen Union bleiben und gleichzeitig das antieuropäische Lager im eigenen Land zu beruhigen. Dieses äußerte aber schon jetzt Skepsis über Camerons Verhandlungsstil und sieht bereits ein Scheitern seiner Bemühungen. Ob allfällige Zugeständnisse für einen Meinungsumschwung sorgen können, bleibt abzuwarten, insbesondere auch, in welche Richtung sich die Debatte entwickeln und welche europäischen Inhalte zur Diskussion stehen werden.

Innerhalb der EU stößt das ambivalente Vorgehen der Regierung Camerons ebenfalls zunehmend auf Unverständnis und Verärgerung. Auch wenn seitens der Mitgliedstaaten und Institutionen alles versucht wird, um einen Austritt Großbritanniens zu verhindern, wurde insbesondere die Drohung Camerons, bei einer Ablehnung der vier Forderungen einen Austritt zu unterstützen, sehr negativ aufgenommen. Die Institutionen und die meisten Mitgliedstaaten haben noch einmal deutlich gemacht, dass sie eine Aufweichung der Grundprinzipien der EU nicht zulassen werden. Realistisch sind daher allenfalls kleine Zugeständnisse, beispielsweise bei der finanziellen Unterstützung ausländischer Studenten oder eine Senkung der Unterhaltszahlungen bei ausländischen Kindern. Unklar bleibt auch, welche Position die Regierung Camerons selbst einnimmt. Nur bei einem klaren Bekenntnis

zur EU können die europäischen Partner der britischen Regierung helfen, einen positiven Ausgang des EU-Referendums herbeizuführen. Es bleibt daher zu hoffen, dass die positiven Indizien nach dem Gipfel von einem Kurswechsel der Regierung Camerons hin zu einem kooperativeren Verhalten zeugen.

c) Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

Das zweite Halbjahr 2015 war von geringen Fortschritten im Bereich der Weiterentwicklung bzw. Vollendung der WWU geprägt. Insbesondere die zögernde deutsche Haltung wurde in diesem Kontext kritisiert und die Befürchtung geäußert, dass vor der Bundestagswahl 2017 keine wirkliche Debatte über die WWU geführt würde. Die Staats- und Regierungschefs beauftragten in ihren Schlussfolgerungen den Rat, die Vorschläge der Kommission auf Grundlage des 5-Präsidenten-Plan zu untersuchen. Insbesondere die Bereiche wirtschaftliche und fiskalische Steuerung, Repräsentation des Euroraums nach Außen und Bankenunion müssten umgehend angegangen werden. Der Rat wird seine Ergebnisse auf dem Junigipfel den Staats- und Regierungschefs vorstellen. Während der Diskussionen traten große Meinungsunterschiede bei der Ausgestaltung der Bankenunion auf. Vor allem die Frage der Vergemeinschaftung der europäischen Einlagensicherung wurde kontrovers diskutiert, Österreich und Deutschland äußerten Skepsis gegenüber den vorgebrachten Plänen. Daneben wurden die Binnenmarktstrategie der Europäischen Kommission und das Paket zum digitalen Binnenmarkt diskutiert. Der Europäische Rat empfahl, beide Maßnahmenpakete ambitioniert umzusetzen. Die Staats- und Regierungschefs begrüßten zudem die Einigung zum Datenschutzpaket und verlangten die schnelle Umsetzung des Aktionsplans zur Kapitalmarktunion. Mit Blick auf TTIP wurde die Bedeutung eines schnellen und erfolgreichen Abschlusses der TTIP-Verhandlungen unterstrichen.

Bewertung

Auch im Bereich der WWU zeigt sich, dass man von einer einheitlichen europäischen Position, insbesondere bei der Ausgestaltung der Bankenunion, weit entfernt ist. Positiver fällt das Assessment mit Blick auf die Binnenmarktstrategie und den digitalen Binnenmarkt aus. Hier gilt es, die beschlossenen Dokumente auch entsprechend national umzusetzen. Mit Blick auf TTIP konnten keine großen Durchbrüche erzielt werden und es bleibt fraglich, inwieweit neben den innereuropäischen Herausforderungen mit TTIP die immer näher rückende US-

Präsidentenwahl die weitere Ausgestaltung und den Fortschritt der Verhandlungen beeinflussen wird.

d) Terrorismusbekämpfung

Beim Dezember-Gipfel wurden auch Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung diskutiert und die Staats- und Regierungschefs verpflichteten sich zur Umsetzung der bereits beim Februargipfel und beim Treffen der Innenminister am 20. November vereinbarten Prioritäten, wie besseren Informationsaustausch innerhalb des Schengenraums, u.a. durch stärkere Einspeisung von Daten in das Schengeninformationssystem (SIS), systematischer Austausch der Strafregister von Terrorverdächtigen, bessere Zusammenarbeit nationaler Anti-Terrorismus- Stellen und Geheimdienste, engere Abstimmung nationaler Behörden mit Frontex und Europol.

Darüber hinaus wurde vom Europäischen Rat die Einigung über die Speicherung von Fluggastdaten (sog. PNR-Richtlinie) im Europäischen Parlament begrüßt, die jahrelang aufgrund von ideologischen Unterschieden verhindert wurde. Die Fluggastdatenspeicherung soll sich auch auf EU-Binnenflüge erstrecken. Die Richtlinie soll nun im Januar 2016 angenommen werden.

Weitere Maßnahmen umfassen die Unterstützung von Drittstaaten beim Kampf gegen den Terrorismus systematische und koordinierte Kontrollen an den Grenzen. Darüber hinaus will die EU ihre Bemühungen zur Schließung von Finanzierungsquellen des internationalen Terrorismus intensivieren, um insbesondere die Finanzierung des Islamischen Staates (IS/Daesh) zu unterbinden.

Bewertung

Die im Bereich der Terrorismusbekämpfung getroffenen Entscheidungen standen klar im Lichte der Ereignisse von Paris vom November 2015 und der ausgerufenen paneuropäischen Solidarität. Die gesetzten Maßnahmen sind nicht neu, nunmehr ist es aber gelungen, ein einheitlicheres europäisches Vorgehen zu erlangen. Gerade in diesem Politikfeld waren die Diskussionen oft vom Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit einerseits und Datenschutz andererseits geprägt, die eine einheitliche Linie innerhalb der EU vermissen haben lassen. Inwieweit sich aber die Intensivierung der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Grenzsicherung als auch des besseren Datenaustauschs in die Praxis umsetzen lässt und nicht von nationalen Vorbehalten wieder unterminiert wird, wird sich noch zeigen

müssen. Mit der Intensivierung der Bemühungen der Trockenlegung der Finanzflüsse für terroristische Organisationen, insbesondere von Daesh, wurde aber ein wichtiges gesamteuropäisches Projekt zur besseren Bekämpfung des Terrorismus in Angriff genommen.

e) UN-Klimakonferenz

Fragen des Klimawandels und der Umweltpolitik standen auch im Nachklang der 21. UN-Klimakonferenz nur im Schatten der beherrschenden innereuropäischen Themen und außenpolitischen Herausforderungen, mit denen die Union konfrontiert ist. In den Schlussfolgerungen wurden die Ergebnisse von Paris begrüßt und die Kommission und der Rat beauftragt, bis März kommenden Jahres diese auszuwerten und die nachfolgenden Schritte vorzubereiten. Wesentlicher Outcome der Paris-Vereinbarungen war die Begrenzung der Erderwärmung auf maximal zwei Grad durch eine globale Verringerung der CO₂-Emissionen. Den Entwicklungsländern wird dabei eine fachliche und finanzielle Unterstützung beim Aufbau von Strukturen zur Erschaffung sauberer Energie zugesichert. Die globalen Fortschritte bei Erreichung des Zieles werden fortan alle fünf Jahre überprüft. Schließlich einigten sich die Teilnehmer auch auf einen Mechanismus zur finanziellen Kompensation von durch den Klimawandel stark betroffener Länder.

II. GASP/GSVP

Das erste Halbjahr 2015 war auch mit Blick auf die GASP/GSVP von den Krisen in der europäischen Nachbarschaft, insbesondere dem Vordringen des islamischen Staats sowie dem fast in Vergessenheit geratenen Konflikts in der Ukraine geprägt. In akademischen Kreisen wurden die ersten Ansätze der neuen EU Globalstrategie diskutiert. Nachstehend soll im Wesentlichen kurz die innereuropäische Perspektive der Diskussionen mit Blick auf Russland sowie Syrien und Libyen gelegt werden, während die abschließenden Kapitel zu den gleichen Themen diese aus Regionalperspektive betrachten.

Russland

Im Rahmen des Dezembergipfels wurden die zum 31. Januar 2016 auslaufenden Wirtschaftssanktionen für Russland um weitere sechs Monate verlängert, da Russland zentrale Elemente des Minsker Abkommens zur Beilegung des Konflikts in der Ukraine nicht erfüllt. Dennoch zeigen sich an der Sanktionsfrage erste Bruchlinien. So wurde eine von Italien

erwünschte Diskussion über die Sanktionen im Rahmen des Gipfels durch Ratspräsident Tusk abgelehnt. Auch die deutsche Wirtschaft hat sich mittlerweile offen gegen die Haltung der deutschen Bundesregierung gestellt.

Dennoch spielten die EU-Russland-Beziehungen eine Rolle beim Ratsgipfel: im Kontext des umstrittenen Ausbaus der Ostsee-Pipeline „North Stream“ zwischen Deutschland und Russland. Eine Mehrheit der Mitgliedstaaten – insbesondere die baltischen Länder und Polen, aber auch die Kommission und der Europäische Rat – hatten vor, während und nach dem Gipfel Bedenken gegen das Projekt geäußert, da dieses gegen die Ziele der europäischen Energiepolitik (Verringerung der Energieabhängigkeit, Diversifizierung der Lieferanten) verstoßen und die Abhängigkeit von Russland erhöhen würde. Ratspräsident Tusk äußerte ernste Bedenken und mahnte an, dass die Pipeline nicht als rein bilaterale Frage betrachtet werden könnte. Eine abschließende rechtliche Bewertung des Projekts durch die Kommission liegt noch nicht vor. Entsprechend gehen die offiziellen Ratsschlussfolgerungen nur indirekt auf das Projekt ein und betonen, dass neue Infrastrukturprojekte mit bestehender EU-Gesetzgebung und den Zielen der Energieunion in Einklang gebracht werden müssten.

Syrien und Libyen

Der Europäische Rat bekannte sich zum Engagement im Kontext der Internationalen Unterstützungsgruppe für Syrien und in der Koalition gegen den islamischen Staat. Dabei wurde interessanterweise wieder ausdrücklich betont, dass eine politische Lösung und ein dauerhafter Friede nur ohne das Assad-Regime möglich wären.

Zudem soll von der Syrien-Konferenz zur Mobilisierung internationaler Hilfe am 4. Februar 2016 in London ein klares Signal zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge ausgehen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben die von der UNHCR und WFP erbetene Summe von einer Milliarde Euro für die dringlichsten Bedürfnisse der Flüchtlinge mittlerweile aufgebracht. Darüber hinaus begrüßten die Staats- und Regierungschefs die Einigung zur Schaffung einer Regierung der nationalen Einheit in Libyen und versprachen Unterstützung. Rund 100 Millionen Euro an Hilfen wären bereits kurzfristig verfügbar.

GSVP

Im Rahmen der GSVP kam es zu keinen Beschlüssen über neue EU-Operationen bzw. Missionen. Vielmehr wurden die aufrechten Krisenmanagementaktivitäten fortgesetzt. Interessant zu erwähnen und künftig zu beachten ist wohl die Diskussion über den Schutz der

EU-Außengrenzen als mögliches Einsatzszenario für die GSVP vor dem Hintergrund der Flüchtlings- und Migrationskrise. Es wird daher auch an der von der Hohen Vertreterin auszuarbeitenden neuen globalen Strategie liegen, das level of ambition auch für den Bereich der GSVP künftig festzulegen.

III. Osteuropa und Russland

Globale Systemtransformation und ihre Auswirkungen auf die Region

Die gegenwärtigen Systemprozesse und Strukturen wirken sich verstärkt auf das Handeln aller wesentlichen Akteure aus und wurden aus diesem Grund einer tief gehenden Analyse im zweiten Halbjahr unterzogen. Obwohl sich die akademische und Expertengemeinschaft darauf zu einigen scheint, dass die Welt zu einer Multipolarität hin steuert, kamen jedoch objektive Gegebenheiten ans Licht, welche auf eine Systembipolarität hinweisen. Diese zeichnete sich durch eine immer klarer werdende Herausbildung von zwei Polen ab - nämlich den USA und China - mit einem entsprechenden Netzwerk von Verbündeten, Allianzen und strategischen Partnerschaften. Insbesondere die Entwicklungen im Südchinesischen Meer, aber auch die Formung neuer Handelsblöcke sowie die Gründung neuer Finanz-, Wirtschafts- und Handelsinstitutionen galten als deutliche Indizien dafür.

Diese Thematik ist insofern von Bedeutung, da sie mit dem zweiten Forschungsschwerpunkt Osteuropa, einschließlich Russlands, im Zusammenhang steht. Russland hat bereits die Herausforderung erkannt, zwischen zwei künftigen Systemrivalen agieren zu müssen. Diesbezüglich nahm Russland eine sehr zentrale Position in der chinesischen Geostrategie ein, wobei die Gründe dafür unterschiedlich sind. Die bilateralen Beziehungen zwischen China und Russland erlebten im vergangenen Jahr einen Höhepunkt und deuten auf die Formung einer strategischen Allianz hin, welche auf umfassenden gemeinsamen Interessen, geteilten strategischen Zielsetzungen, Risiken und Bedrohungsperzeptionen beruht. Eine strategische Allianz zwischen Russland und China bildete sich weiterhin deutlich heraus - basierend auf dem sehr starken politischen Willen der Staatsführung beider Länder - wobei sich diese mit beispielloser Geschwindigkeit in vielen Schlüsselfeldern wie Energie, Verteidigung und Militär, Wirtschaft und Infrastruktur, aber auch Kooperation in regionalen und globalen Organisationen entfaltete.

Die regionalen Ordnungsstrukturen (Institutionen und Organisationen) standen im Mittelpunkt russisch-chinesischer Zusammenarbeit, weil Russland und China somit die

globalen Angelegenheiten durch abgestimmte Positionen und koordinierte Maßnahmen wirksamer beeinflussen konnten, was wiederum im Gegensatz der euroatlantischen Interessen und Zielsetzungen stand. Darüber hinaus, unterstützte Russland die chinesische Geostrategie, alternative internationale und regionale Ordnungsstrukturen mit russischer Beteiligung zu bilden. Eine besonders starke Zusammenarbeit und Koordinierung von Positionen war in Organisationen und Strukturen wie BRICS, SCO, NDB und AIIB zu beobachten. Nicht zuletzt initiierten Moskau und Peking eine Verflechtung zwischen der Eurasischen Union und der „One Belt, One Road“-Initiative (OBOR). Ein Abkommen über den Zusammenschluss zwischen der EAEU und der OBOR-Initiative wurde unterzeichnet und gab somit der Konsolidierung der Eurasischen Landmasse als strategischer Zielsetzung den Vorrang.

Über die Interessen in Bereichen wie Energie, Handel und Finanzen hinaus, erstreckte sich die bilaterale Kooperation auch auf neue strategische Felder wie Verteidigung und Militär. Chinas wachsende Nachfrage nach modernster Militärtechnologie und hoch entwickelten Waffen aus Russland, wie auch Moskaus Bereitschaft zum Know how Transfer von Weltraum- und Rüstungstechnologien, bildeten die Basis für längerfristige Zusammenarbeit. Der russische Verteidigungsminister Schoigu bezeichnete die Verteidigungskooperation als die Basis für die strategischen bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Peking. Gemeinsame militärische Übungen waren auch ein wesentlicher Teil davon und bezweckten eine bessere Interoperabilität zwischen den Streitkräften. Bis jetzt führten China und Russland gemeinsame Flottenmanöver im Mittelmeer und im Japanischen Meer durch. Eine Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung und des Militärs entfaltete sich in multilateralen ebenso wie in den schnell wachsenden regionalen Organisationen – Shanghai Cooperation Organization (SCO) und Collective Security Treaty Organisation (CSTO), deren Rolle als regionale Ordnungsmodelle in Eurasien und Asien an Bedeutung gewann. Diverse andere Bereiche vom gemeinsamen Interesse wurden ebenso ausgebaut, wie beispielsweise Infrastrukturprojekte, Flugzeug- und Weltraumtechnologien, Produktivitätsnischen oder die Entwicklung des Fernen Ostens.

Beziehungen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft

Die Sicherheitslage in Osteuropa hat sich im zweiten Halbjahr zwar teilweise normalisiert, ist aber bei weitem nicht stabiler geworden. Insgesamt lassen sich folgende Ereignisse benennen, welche die Osteuropäische Region, insbesondere mit Blick auf die Ukrainische Krise, im zweiten Halbjahr gravierend beeinflusst haben und weiterhin Einfluss ausüben:

- Der Waffenstillstand in der Ostukraine wurde zwar weitgehend eingehalten, allerdings kam es immer wieder zu Verstößen auf beiden Seiten. Der OSZE-Sondergesandte in der Ukraine wies auf ernste Verletzungen des Minsker Abkommens hin, insbesondere mit Blick auf die Waffenruhe und die Sicherheit an der gesamten Kontrolllinie (Line of Control).
- Die trilaterale Kontaktgruppe (OSZE, Russland und die Ukraine) sowie das Normandie-Format (Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine) trafen mehrmals zusammen, um die Umsetzung des im weißrussischen Minsk vereinbarten Friedensplans für die Ostukraine zu besprechen und eine Lösung des Konflikts voranzutreiben.
- Die von den russisch-sprechenden Separatisten in der Ostukraine geplanten Wahlen (am 18. Oktober in Donezk und am 1. November in Lugansk) wurden auf ungewisse Zeit verschoben, was als Erfolg von der Ukrainischen Führung bezeichnet wurde.
- Aus ukrainischer Perspektive erwiesen sich die Sonderstatusregelung, die Amnestiegewährung und die Durchsetzung eines neuen Wahlgesetzes für die Ostukraine als besonders schwierig.
- Der Schwerpunkt der europäischen Bemühungen lag darüber hinaus bei der makroökonomischen und finanziellen Stabilisierung der Ukraine, der Schuldenrestrukturierung, der Preisregulierung, der Öl/Gasregulierung, der Reformierung vieler Bereiche wie der Verwaltung, der Polizei, des Rechtswesens. Diese Maßnahmen stimmten zum größten Teil auch in den anderen zwei Assoziierungsländern - Georgien und Moldawien – überein.
- Die wirtschaftliche und finanzielle Stabilisierung der Ukraine stand im Mittelpunkt der Bemühungen der internationalen Organisationen und Institutionen wie des IMF. Somit wurde ein Zahlungsverzug (default) der Schulden verhindert.
- Für Georgien und die Ukraine gab es eine positive Entwicklung mit dem EU Vorhaben, die Visumpflicht nächstes Jahr endgültig aufzuheben.
- Neue, schleichende Grenzverschiebungen fanden im vergangenen Halbjahr auf georgischem Territorium statt, weshalb die Gefahr eines Wiederaufflammens der Gewalt mit Blick auf die eingefrorenen Konflikte längst nicht vorbei ist.
- Im zweiten Halbjahr erlebte Moldawien große Dauerproteste, die den Rücktritt des Präsidenten und der Regierung forderten. Die Massendemonstrationen forderten verstärkte Korruptionsbekämpfung und europäische Integration und ähnelten somit dem Euromaidan in Kiew.

- Die EU-Aserbaidschan Beziehungen erlebten in der zweiten Hälfte des Jahres eine Kehrtwendung, als Baku die Zusammenarbeit mit der EU auf parlamentarischer Ebene einstellte. Auch die OSZE sagte ihre Beobachtermission für die Parlamentswahlen ab. Grund für die Verschlechterung der Beziehungen waren die verstärkten Vorwürfe gegen Baku wegen der Inhaftierung von Oppositionellen, Menschenrechtlern und Journalisten.
- Nach einem Referendum wurde in Armenien das parlamentarische System wieder hergestellt, was aber Proteste durch die oppositionellen Kräfte auslöste, welche auf Betrüge bei der Volksabstimmung verwiesen. In der zweiten Hälfte des Jahres begannen Verhandlungen zwischen der EU und Armenien über ein neues Abkommen, welches die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ersetzen sollte.

Beziehungen mit Russland

Die Beziehungen mit Russland blieben aus österreichischer Perspektive wichtig, und zwar aufgrund der zielgerichteten Kooperation mit Moskau als Partner der EU in für Österreich unmittelbar relevanten Umfeldregionen und Bereichen. Mit der russischen Intervention in Syrien Ende September wurde die Aufmerksamkeit von der Ukraine auf Damaskus gelenkt, und zwar nicht nur von russischer Seite sondern auch von Seite der euroatlantischen Gemeinschaft. Auch wenn das Ziel der beiden Koalitionen (der USA und Russlands) dasselbe bleibt – nämlich die Bekämpfung der ISIS – so unterscheiden sich die Interessen bzw. die Ansätze der Akteure in Syrien. Der in Wien stattgefundenene Verhandlungsprozess zur Lösung des Syrischen Konfliktes rückte im zweiten Halbjahr in den Vordergrund und zwar als eine neue Plattform für die Regulierung der Krise und die Annäherung der Positionen. Österreich hat sich diesbezüglich in seiner Vermittlungsrolle als geeigneter Ort (neben Genf) gut positionieren können.

- Der EU-Kommissionschef Juncker sprach sich für engere Handelsbeziehungen zu Russland aus, welche zu einer Annäherung zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion führen könnten.
- Trilaterale Handelsverhandlungen zwischen der EU, der Ukraine und Russland haben zu keiner Vereinbarung geführt. Mit dem Inkrafttreten des EU-Freihandelsabkommens am 1. Januar 2016 ist zu erwarten, dass Russland die Freihandelszone mit der Ukraine aufheben wird.
- Nach den terroristischen Attacken in Paris durch Daesh hat sich Frankreich bereit erklärt, seine Luftangriffe auf ISIS in Syrien mit Russland zu koordinieren. Allerdings hat die

russische Intervention in Syrien zu keiner sich vertiefenden Kooperation zwischen der US-geführten und Russland-geführten Koalition beigetragen.

- Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine eskalierte trotz der europäischen Vermittlungen wiederum im zweiten Halbjahr, infolge dessen Moskau die Gaslieferungen an die Ukraine einstellte. Allerdings sah die EU den Lieferstopp gelassen und auch Kiew wurde durch Gaslieferungen aus EU-Mitgliedstaaten geschützt.
- Das neue Nordstream Abkommen mit Gazprom sorgte für massiven Widerstand in mehreren EU-Mitgliedstaaten und löste neue Diskussionen über die Bedeutung der Energieunion aus.

Bewertung

Globale Systemtransformation

Wie es aussieht, erleben die russisch-chinesischen Beziehungen eine neue Hochkonjunktur und bilden nicht nur die Basis für eine strategische Allianz zwischen Russland und China, sondern schaffen auch das Fundament für ein neues regionales Ordnungsmodell durch verschiedene bilaterale und multilaterale Foren, Institutionen und Organisationen, welche sich sehr schnell internationalisieren lassen könnten.

Es werden auch im kommenden Jahr divergierende geopolitische und geoökonomische Interessen in den internationalen Beziehungen aufeinandertreffen. Während es im Interesse der transatlantischen Gemeinschaft, einschließlich Österreichs, bleibt, das institutionelle Erbe von bereits bewährten und funktionierenden Institutionen und Organisationen aufrechtzuerhalten und wenn möglich auszubauen, wird ein China-geführter Block – mit der Unterstützung Russlands – eine Reformierung der bestehenden (IMF mit der Quotenreform, der SZR-Korb, die UNO-Reformen usw.) bzw. die Schaffung von neuen Organisationen und Institutionen (BRICS, Regional Comprehensive Economic Partnership/RCEP, AIIB, BRICS Bank usw.) anstreben, um die eigenen Interessen in gleichem Maße repräsentiert zu sehen.

Beziehungen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft

Die Prognosen mit Blick auf die Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit im Nachbarschaftsbereich und die Heranführung europäischer Drittstaaten an die EU-Standards betreffen insbesondere die drei Assoziierungskandidaten – die Ukraine, Georgien und Moldawien. Höchstwahrscheinlich werden sich diese drei Länder vorwiegend auf die

europäische Assoziierung fokussieren, während sich Armenien und Belarus der Eurasischen Wirtschaftsintegration widmen, und Aserbaidschan weiterhin eher eine neutrale Position durch eine Pendelpolitik zwischen beiden Integrationsmodellen betreiben wird.

Folgende Politikempfehlungen ergeben sich daher im Zusammenhang mit der Österreichischen Sicherheitsstrategie, insbesondere die zielgerichtete Kooperation zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Ländern in der östlichen EU-Nachbarschaft.

- Es gibt mannigfaltige Gründe dafür, und die Entwicklungen der letzten sechs Monate deuten darauf hin, dass eine dauerhafte Stabilisierung der Lage in der Ukraine trotz aller diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Bemühungen nicht in Sicht ist.
- Eine vollständige Visaliberalisierung für die Ukraine und Georgien wird sicherlich auf der Tagesordnung bei den Verhandlungen im Rahmen der östlichen Partnerschaft sein. Erwartungsgemäß würde die EU Georgien und der Ukraine ein visafreies Regime frühestens Mitte 2016 gewähren.
- Die DCFTA in der Ukraine wird am 1. Januar 2016 in Kraft treten, was eine sehr große Herausforderung für die ukrainische Wirtschaft darstellen wird.
- Eine umfassende Bekämpfung der Strukturmerkmale des politischen Systems wie Nepotismus, Korruption und Oligarchie gilt nicht nur für die Ukraine sondern auch für Georgien und Moldau.
- Die EU wird auch im neuen Jahr vorwiegend mit der Ukraine und den anderen zwei Assoziierungskandidaten beschäftigt sein, während Brüssel gleichzeitig eine sehr kritische Stellung gegenüber Russland einnehmen wird.
- Der Schwerpunkt der Reformen sollte bei dem mangelnden Leadership, dem niedrigen Niveau von Beteiligungsstrukturen sowie den Kommunikations- und Informationskanälen (beispielsweise zwischen dem Präsidenten und der Regierung, der Regierung und dem Parlament usw.) liegen.
- Auch eine militärische Unterstützung sollte die EU für die Ukraine vorantreiben, insbesondere in Sachen Ausbildung und Ausrüstung.
- Know-how Expertise der Zentral- und Osteuropäischen Länder für die Ukraine mit Blick auf die Reformumsetzung wird dringend notwendig sein.
- Eine Open-door Politik gegenüber der Ukraine von Seiten der EU wäre empfehlenswert. Eine Beitrittsperspektive könnte mit der erfolgreichen Umsetzung der AA und DCFTA dringend notwendig werden.

- Der Freihandel sowohl mit der EU als auch mit Russland sollte weiterhin gefördert werden; wahrscheinlich kommt es zu Freihandelsgesprächen auf regionaler Ebene zwischen der EU und der EEU im nächsten Jahr. Gleichzeitig besteht die Gefahr für die Ukraine, dass die Freihandelszone mit Russland aufgehoben wird.
- Eine umfassende Institutionalisierung der Östlichen Partnerschaft auf allen Ebenen mit der Ukraine, Moldawien und Georgien ist ebenso dringend notwendig.
- Die Festlegung realistischer Zielsetzungen gegenüber den anderen drei osteuropäischen Staaten – Aserbaidschan, Belarus und Armenien, um diese am bilateralen/multilateralen Dialog teilnehmen zu lassen, sollte unternommen werden.

Beziehungen mit Russland

- Die Aussicht auf eine dauerhafte gemeinsame Zukunft in einem Raum des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität wird im neuen Jahr aufgrund der verlängerten Sanktionen, des mangelhaften politischen Dialogs, der sich verschlechternden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie der militärischen Interventionen Russlands in der Ukraine und Syrien immer schlechter. Ein gemeinsamer Raum “des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes” kann unter den gegenwärtigen Bedingungen ausgeschlossen werden.
- Zukünftig scheint eventuell ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Union als Verhandlungsbasis bis zu einem gewissen Ausmaß realistisch zu sein.
- Das Format der trilateralen Gespräche zwischen Brüssel, den EU Mitgliedstaaten (einschließlich der Assoziierungskandidaten) und Moskau wird sich auch in der Zukunft als eine nützliche Plattform für den politischen Dialog und Konsultationen erweisen.
- Aus österreichischer Perspektive werden die Beziehungen mit Russland wichtig bleiben, und zwar aufgrund der zielgerichteten Kooperation in für Österreich unmittelbar relevanten Umfeld-Regionen und Bereichen.
- Die zwei Integrationsmodelle – EU und Eurasische Wirtschaftsunion - stehen seit dem Ausbruch der ukrainischen Krise in einem direkten Wettbewerb und ihre Konkurrenz in der gemeinsamen Nachbarschaft wird sich durch die immer schlechter werdenden bilateralen Beziehungen zwischen Brüssel und Moskau intensivieren bzw. weiterhin verschärfen. Daher erweist sich ein Konsultationsformat zwischen den beiden Integrationsformaten als besonders ratsam.

IV. MENA

Die zweite Hälfte des Jahres 2015 war auch im Nahen/Mittleren Osten von Instabilität und Konflikten geprägt, die sich auch in Europa durch die Flüchtlingskrise und den Anschlägen von Paris manifestierten. Nicht zuletzt durch diese wurde einmal mehr deutlich gemacht, dass es auch im europäischen Interesse liegt, für eine nachhaltige Lösung der „root causes“ dieser Entwicklungen zu sorgen.

Israel und der Nahost Konflikt

Die Beziehungen zwischen Israel und den USA waren zuletzt durch die Ergebnisse der Atomgespräche mit dem Iran deutlich getrübt, was vor allem auf politischer Ebene während der bilateralen Treffen der Präsidenten klar ersichtlich war. Nichtsdestotrotz ergaben sich dadurch keine negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit der beiden Länder.

Der Nahostkonflikt selbst erlebte in den vergangenen Monaten ein erneutes Aufflammen der Gewalt, die von mehreren Seiten bereits als dritte Intifada bezeichnet wird. Ausgelöst durch den anhaltenden soziopolitischen Stillstand, die weitreichende Ablehnung der Zweistaatenlösung und der Überschattung des Nahostkonfliktes durch andere Kriege in der Region (beispielsweise der Syrienkrieg und der Krieg im Jemen), kommt es seit dem Sommer zu regelmäßigen Attentaten sowohl von palästinensischer, als auch von israelischer Seite.

Die fehlenden Deeskalationsversuche der palästinensischen Politik können als Taktieren gewertet werden, mit dem man Aufmerksamkeit auf sich ziehen will und auch die israelische Gegenseite zum Handeln bzw. zu einer ernstgemeinten Auseinandersetzung mit der Palästinenserfrage zwingen will.

Iran

Der Iran wird nach wie vor von einem internen Konkurrenzkampf zwischen den reformistischen und den konservativen Kräften bestimmt. Letztere waren Profiteure der Sanktionen und fürchten durch die Lockerung der Sanktionen ein Schwinden ihrer Macht, die durch die Öffnung der Gesellschaft und Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

Das Nuklearabkommen hat das Image des Landes deutlich gebessert, was nicht zuletzt auch durch die Einladung des Irans zu den multilateralen Gesprächen zur Syrien Frage zum Ausdruck kam. Auch der Abtransport von niedrig angereichertem Uran nach Russland wird

als wesentlicher Beitrag zur Umsetzung des Atomabkommens seitens des Westens ausdrücklich gelobt. Diese langsame aber sichere Konsolidierung des Iran, gepaart mit den wirtschaftlichen Wachstumsprognosen für die Zukunft, tragen aber auch zum nach wie vor schwelenden regionalen Machtkampf zwischen den Golfstaaten und dem Iran bei, was sich auch anhand des Krieges im Jemen deutlich zeigt.

Saudi Arabien

Das Königreich Saudi Arabien agiert nach wie vor als ein starker regionaler Akteur und versucht auch gleichzeitig über die kontrollierte Preislenkung des Ölpreises international zu wirken. Sei es einerseits, um die amerikanische Schiefergasproduktion unrentabel zu machen oder andererseits, um die (ohnehin durch Sanktionen strapazierten) Rivalen Russland und Iran wirtschaftlich zu schwächen. Dieses riskante Taktieren soll das Engagement der beiden Staaten in den regionalen Konflikten untergraben, in denen auch das saudische Königreich involviert ist, sei es der Krieg in Syrien oder im Jemen. Mittlerweile führt die Situation aber auch zu erhöhten Ölpreisen in Saudi Arabien selbst, deren Folgen auf die soziale Kohäsion noch abzuwarten sind.

Gleichzeitig versucht Saudi Arabien nachhaltig in der Region tonangebend zu sein, indem es neben der Koordinierung von Gesprächen der syrischen Opposition auch diplomatisch am Bilden einer islamischen Anti-Terror Allianz ist, welche 34 Mitglieder umfasst und gegen (extremistischen) Terror agieren soll.

Syrien

Das militärische Eingreifen Russlands im Syrischen Krieg sowie die diplomatischen Verhandlungen in Wien in Form der International Syria Support Group haben dazu geführt, dass sowohl auf dem Schlachtfeld, als auch auf diplomatischer Ebene neue Realitäten geschaffen wurden.

Durch die Intervention Russlands (sowie der Hilfe des Iran und der Hisbollah) konnte sich das Assad Regime abermals konsolidieren, während sich gleichzeitig die Internationale Allianz gegen den Islamischen Staat dazu gezwungen sah, Koordinationsmaßnahmen zu setzen, um internationale Zwischenfälle zu vermeiden. Dass selbige nicht gänzlich ausgeschlossen werden können, zeigte der Abschuss eines russischen Kampfflugzeuges vonseiten des türkischen Militärs, was zwar einerseits auf die regionalen Interessen der Türkei

zurückgeführt werden kann, aber auch auf eine militärische Fehleinschätzung mit den dementsprechenden politischen Konsequenzen.

Die diplomatischen Bestrebungen zu einer Beilegung des Syrien Krieges konnten in Wien auf eine neue Ebene gehoben werden, da nicht zuletzt den verschiedenen Oppositionsfraktionen bewusst wurde, dass es sich hierbei vermutlich um eine letzte Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Konfliktes handeln dürfte. Als Resultat finden derzeit von Saudi Arabien initiierte Gespräche der Opposition in Riad statt, während gleichzeitig auch oppositionelle Gruppen, wie beispielsweise die Kurden auf syrischem Gebiet zusammentreffen, da sie von tonangebenden Akteuren der Region ausgegrenzt wurden.

Jedenfalls wird sich bei diesen Gesprächen zeigen, ob die stark fraktionierte Opposition zum Assad Regime letztendlich einen repräsentativen Charakter formen kann, der von allen Seiten als Gesprächspartner in den von den Wiener Verhandlungen angestrebten Friedensgesprächen akzeptiert wird.

Das direkte Überleben des Islamischen Staates, bzw. von Daesh, wurde jedoch aufgrund der militärischen Interventionen noch nicht maßgeblich bedroht. Nachdem sich die russische Intervention in ihrer Anfangsphase zunächst auf die Konsolidierung des Assad Regimes konzentriert und Rebellengebiete anderer Fraktionen angriffen hatte, war Daesh nur partiell betroffen. Auch der Zustrom von sogenannten Foreign Fighters aus dem Ausland konnte nicht unterbunden werden und umfasst mittlerweile 27.000 bis 31.000 Individuen.

Nordafrika

Tunesien konnte im Vergleich zu den anderen Ländern des arabischen Frühlings seinen Transitionsprozess weiterhin vorantreiben und wurde dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, der an das tunesische Dialog Quartett überreicht wurde. Trotz einer ständigen Bedrohung der Sicherheit vonseiten Daeshs zeigt sich die Gesellschaft vom Fortschritt des eigenen Landes überzeugt.

Libyen hingegen musste eine weitere Ausbreitung des Islamischen Staates erfahren, der das vorhandene Machtvakuum gekonnt ausnutzen konnte. Insbesondere Ö raffinerien und Pipelines stehen im strategischen Interesse des IS. Dennoch konnte der internationale Druck dazu führen, dass sich die konkurrierenden Parteien Libyens im Dezember in Marokko trafen, um einen auf Malta verfassten UN-Plan zu unterzeichnen, der eine Einheitsregierung zum Ziel hat.

In Ägypten konnte die Regierung unter Präsident al-Sisi die Macht mithilfe einer Parlamentswahl weiter konsolidieren. Bei selbiger durften jedoch die Muslimbrüder nicht mehr kandidieren, was zu dementsprechenden Ergebnissen und dem Sieg al-Sisi's führte.

Bewertung

- Die Terrororganisation Daesh ist nach wie vor eine reelle Bedrohung sowohl für die Region, als auch für Europa. Auch wenn die Luftschläge der Internationalen Allianz, wie auch der russischen Föderation die Infrastruktur des IS massiv ins Ziel nehmen, konnte der Zustrom radikalisierten Anhänger nicht unterbunden werden.

Gleichzeitig gelang es Daesh mithilfe von Sympathisanten und Rückkehrern einen großangelegten Terrorangriff in Europa, aber auch einen kleineren in den USA zu koordinieren.

- Die internationalen Attentate können als Versuch gesehen werden, die internationale Gemeinschaft gegen den islamischen Glauben aufzubringen, um in weiterer Folge die erzeugten, gesellschaftlichen Animositäten für das eigene radikale Narrativ zu verwenden, das den „Westen“ als Feind der islamischen Welt darstellt.

- Auch wenn der Syrische Krieg durch die militärische Intervention Russlands und die Gespräche in Wien neuen Aufwind bekommen hat, hängt eine diplomatische Lösung nach wie vor von der Bildung einer geeinten syrischen Opposition ab, die einerseits vom Assad Regime als Ansprechpartner und andererseits von den zahlreichen oppositionellen Kräften als legitimer Repräsentanz akzeptiert wird.

- Die Auswirkungen des Syrienkrieges – seien es massive Flüchtlingsströme in die Europäische Union oder die (teilweise auch verhinderten) Terrorangriffe in den Mitgliedsstaaten – sind nun sowohl für die Gesellschaft als auch für die Politik greifbar geworden. Damit einhergehend kann auch das verstärkte Engagement innerhalb der Internationalen Allianz gegen den Islamischen Staat, aber auch auf diplomatischer Ebene verstanden werden.

- Österreich konnte sich einmal mehr als Standort für die Gespräche zum Syrien Krieg international positionieren und gemäß der österreichischen Sicherheitsstrategie einen Beitrag zur globalen Sicherheitslandschaft leisten.

- Die regionalen Machtsphären im Nahen/Mittleren Osten sind nach wie vor von den Konkurrenzkämpfen zwischen den Golfstaaten und dem Iran, samt seiner verbündeten Staaten

und Gruppen dominiert, was einer nachhaltigen friedlichen Entwicklung in der Region im Wege steht.